



## Inhaltsverzeichnis

19.06.2025	Freie Presse - Chemnitzer Zeitung: Professor: Bedrohungslage zwingt zu schnellerer Atomendlagersuche	3
18.06.2025	NDR: Bund und Länder verhandeln um Milliarden - die Zeit drängt	5

# Professor: Bedrohungslage zwingt zu schnellerer Atomendlagersuche

Eine Million Jahre Sicherheit? Physikprofessor Roland Sauerbrey zerlegt Illusionen der Endlagersuche – und nennt drängendere Gebote unserer Zeit. Die Suche nach einem Standort für Deutschlands hoch radioaktiven Atom­müll muss schneller werden.

Jens Eumann

Deutschland gleicht einem nuklearen Minenfeld. Zumindest wenn man der Argumentation von Physikprofessor Roland Sauerbrey folgt. Der vormalige Wissenschaftliche Direktor des Helmholtz-Zentrums Dresden-Rossendorf, der aktuell im Nationalen Begleitemium für die Suche nach einem Endlager für Deutschlands hoch radioaktiven Atom­müll mitwirkt, macht angesichts der weltweit „neuen Bedrohungslage“ eine große Verwundbarkeit aus. „Besonders verwundbar“ seien die oberirdischen Zwischenlager, in denen Deutschlands 1900 Castor-Behälter mit ausgedienten Brennstäben aus den Kraftwerken des deutschen Kernkraftzeitalters derzeit aufs Verbringen in ein unterirdisches Endlager warten. Das sagte der Physiker in dieser Woche bei einem Treffen des Begleitemiums in Dresden.

Angesichts solcher Gefahren seien die Verzögerungen, die es bei der Suche nach einem Endlager gibt, nicht tragbar. Die Suche müsse vielmehr beschleunigt werden. Und dazu gelte es, mit Denkfehlern der Vergangenheit aufzuräumen. Bei der Endlagersuche gebe es ein „grundsätzliches Problem“. Laut Standortauswahlgesetz soll der

deutschlandweit „bestmögliche“ Standort gefunden werden, der den hoch radioaktiven Atom­müll „auf eine Million Jahre sicher“ umschließt. „Beides ist eine Illusion“, sagt Sauerbrey. Keiner könne Garantien auf die nächste Million Jahre geben. Insofern müsse es ausreichen, statt des „bestmöglichen“ einen „geeigneten“ Standort zu finden. Und das schneller als vom Standortauswahlverfahren derzeit vorgesehen. Nach Ursprungsplanung der Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE) sollte der Standort bis 2031 bestimmt und bis 2050 so weit ausgebaut sein, dass das Einlagern der atomaren Altlasten beginnen kann.

Bis dahin sind schließlich die Genehmigungen für die 16 oberirdischen Zwischenlager ausgelaufen. Zwei zentrale Zwischenlager befinden sich am früheren Erkundungsstandort Gorleben (Niedersachsen) und im nordrhein-westfälischen Ahaus. Die anderen liegen an Standorten ehemaliger Atomkraftwerke – von Schleswig-Holstein über Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg bis Bayern sowie in Mecklenburg-Vorpommern. Im Vorjahr wurde eine von der Bundesregierung beauftragte Studie vorgelegt, die drastische Verzögerungen vorher sagte. Selbst bei einem „idealen Projektablauf“ sei damit zu rechnen, dass das Auswahlverfahren erst 2074 abgeschlossen werden könne, hielt das Papier fest.

Gegen solche Zeitrahmen richtet sich Sauerbreys Kritik. Allerdings wurde der Professor im Begleitemium gleich mit

der Frage konfrontiert, wie man, im Falle des Bestimmens eines nicht bestgeeigneten Standortes, sondern eines ebenso wie andere geeigneten, die betroffene Bevölkerung „mitnehmen“ wolle. Immerhin war mit dem im Jahr 2016 initiierten Suchverfahren ja eben deshalb ein kompletter Neustart unternommen worden, weil bisher neben Skepsis zur Transparenz der Auswahl hauptsächlich ein Denkansatz vorherrschen schien: Atom­müll - nicht vor meiner Haustür! „Das ist alles eine Frage des Mindsets“, argumentiert Sauerbrey. Vielleicht gehe eine neue informierte Generation das Problem ganz anders an, als es in den letzten Jahrzehnten der Fall gewesen sei. In Finnland etwa wird die Endlagerplanung sogar als Chance für regionale Entwicklung gesehen – durch einhergehende logistische Wirtschaftszweige.

Immerhin – so argumentiert Sauerbrey – habe das neue Standortverfahren neben der Augenwischerei „bestmöglicher Eignung“ und der „Sicherheitsgarantie auf eine Million Jahre“ ja auch einen Fehler der Standortsuche voriger Jahrzehnte korrigiert. Anders als zuvor verlangt das neue Verfahren die Rückholbarkeit des Atom­mülls auf 500 Jahre. „Das ist keine Illusion, sondern durchaus umsetzbar“, urteilt Sauerbrey auf „Freie Presse“-Rückfrage. So ließen sich heute noch nicht absehbare Fehler später korrigieren. (eu)

„Bestmöglicher Standort, auf eine Million Jahre sicher – beides ist eine Illusion.“ Roland Sauerbrey Physikprofessor

Wörter:	559	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Eumann, Jens CVD_Red	Ausgabe:	Hauptausgabe
Seite:	4	Auflage:	23.604 (gedruckt) <sup>1</sup>
Ressort:	Chemnitzer Zeitung / Nachrichten		26.864 (verkauft) <sup>1</sup>
Medienkanal:	PRINT		27.903 (verbreitet) <sup>1</sup>
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,0744 (in Mio) <sup>2</sup>

Urheberinformation: Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG

<sup>1</sup> IVW 1/2025

<sup>2</sup> AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV



NDR

## Bund und Länder verhandeln um Milliarden - die Zeit drängt

18. Juni 2025 16:31 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Stand: 18.06.2025 16:27 Uhr Noch vor der Sommerpause will die Bundesregierung mit einem "Investitionsbooster" die lahrende Wirtschaft ankurbeln. Das Problem: Er und weitere geplante Maßnahmen werden zu milliardenschweren Steuerausfällen bei Ländern und Kommunen führen. Die fordern einen Ausgleich.

von Michaela May Constance von Buchwaldt, Bürgermeisterin der Gemeinde Feldberger Seenlandschaft sagt, an allen Ecken und Enden fehlt das Geld.

Gestern tagte der Hauptausschuss der Gemeinde Feldberger Seenlandschaft zu den Finanzen, heute beugt sich Bürgermeisterin Constance von Buchwaldt, SPD, mit sorgenvollem Blick über die Listen mit den Zahlenkolonnen. In diesem Jahr würde man gerne investieren: Kitas, Straßenbau, die Sanierung des Rathauses, die Liste wäre lang. Die Kosten für solche Projekte - Bau, Planung, Unterhalt, stiegen in den letzten Jahren ständig. Unterm Strich fehlen der Gemeinde Feldberg mit ihren 26 Ortsteilen rund 7 Millionen Euro. "Wir leben an einem der schönsten Flecken Deutschlands und man sieht uns die Armut nicht an", sagt Bürgermeisterin von Buchwaldt. " Wir können das alles aber nicht mehr aus eigener Kraft stemmen." Das Geld fehle aber nicht nur für neue Projekte, auch der Unterhalt bestehender Infrastruktur werde immer schwieriger. Die Rathauschefin bekommt das hautnah zu spüren: Die Bürger beschwerten sich über die Zustände regelmäßig.

Standpunkt der Länder: Wer bestellt, der soll auch bezahlen

Deshalb pocht auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig auf mehr Geld vom Bund. Die Länder, auch Mecklenburg-Vorpommern, unterstützten die Bundesregierung zwar darin, Unternehmen von Steuern zu entlasten, sagt sie. Sie rechnet aber auch vor: Von den 50 Milliarden Euro, die der Staat durch den "Investitionsbooster" weniger einnehmen wird, müssten die 16 Bundesländer zusammen rund zwei Drittel schultern. Vor allem würden Steuern gesenkt, die eigentlich an die Städte und Gemeinden fließen. Auf sie kämen Verluste in Höhe von 13,5 Milliarden Euro zu. Deshalb fordern die Länderchefs eine klare Ausgleichszusage von der Bundesregierung für die Kommunen - deren große Haushaltslöcher dürften nicht noch größer werden. Die Bundesregierung argumentiert: Der Investitionsbooster werde zu mehr Wirtschaftswachstum und damit auch wieder zu mehr Steuereinnahmen führen. Außerdem gebe es Milliarden für die Länder und Kommunen aus dem großen 500-Milliarden-Euro-Investitionspaket. Die Bundesländer wollen diese Rechnung so nicht gelten lassen.

---

Kommunen: Schon jetzt am Limit

Probleme haben nicht nur die großen Gemeinden oder die Städte, es trifft auch die kleinen: Broock mit seinen 600 Einwohnern liegt beschaulich bei Löcknitz nahe der polnischen Grenze. Nie hat der Ort Schulden gehabt, die Finanzen waren immer in Ordnung - bis das neue Feuerwehrhaus nötig wurde. 2013 begannen die Planungen, damals sollte der Bau 360.000 Euro kosten. Nun, 12 Jahre später, ist alles fertig. Die Kosten: 1,6 Millionen Euro. Bürgermeister Gunnar Mißling (parteilos) kann sich deshalb nur halb über das neue Feuerwehrhaus freuen: Zum ersten Mal in seiner Geschichte musste die Gemeinde Broock einen Kredit aufnehmen. "Es ist ein zäher Kampf um's Geld, um die Fördertöpfe", resümiert Bürgermeister Mißling. Das sei auch für ihn anstrengend. "Aber die Leute sagen: Du bist verantwortlich." Immerhin konnte sich die Gemeinde noch Geld leihen. Viele andere Kommunen sind so klamm, dass sie keine Kredite bekommen.

Klamme Kommunen und Vertrauensverlust beim Bürger

Auch Kommunen, die in der Vergangenheit gespart haben, nutzt das angesichts knapper Kassen heute nichts mehr. Ein solches Beispiel ist die Stadt Strasburg. Hier ist Klemens Kowalski (Die Linke) Chef im Rathaus. "10 Jahre lang hat die Stadt ihren Haushalt konsolidiert und streng gespart. Dadurch wurde versäumt, in die Erhaltung der Substanz, zum Beispiel von Gebäuden, zu investieren. Nun wird es noch teurer." So gilt eine Schule in Strasburg mittlerweile als marode: 50 Jahre alt, Wasserschäden, Risse in den Decken, der Treppenzugang ein Trümmerfeld. Sanierung oder Neubau - beides kommt gleich teuer: 30 Millionen Euro braucht der Bürgermeister. Das alles drücke auf die Stimmung vor Ort, sagt Kowalski. Die Bürger hätten viel Verständnis, aber letztendlich erlebten sie, dass der Staat nicht funktioniert und dadurch gehe Vertrauen verloren.

Einigung noch vor der Sommerpause

Weil die Lage vor Ort in vielen Gemeinden so ist, mahnen die Bundesländer, man müsse sich aber zumindest über den Grundsatz verständigen, dass es eine Kompensation für die Kommunen geben werde. Über Umfang und Weg könne man dann noch sprechen. "Wichtig ist, dass bis zur nächsten Entscheidung des Bundestags zur letzten Lesung ein Vorschlag vorliegt", sagte Schwesig. Nach der Abstimmung im Bundestag geht das Gesetz an den Bundesrat, wo die Länder am 11. Juli das letzte Wort haben.

Dieses Thema im Programm: NDR 1 Radio MV | Nachrichten aus Mecklenburg-Vorpommern | 18.06.2025 | 14:00 Uhr